

Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Kerstin Müller (Köln), Tom Koenigs,
Viola von Cramon-Taubadel, weiterer Abgeordneter und der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 17/8132 –**

Das Regime in Syrien international isolieren

A. Problem

Die Antrag stellende Fraktion weist darauf hin, dass der über acht Monate alte Aufstand in Syrien zu einer dramatischen Lage geführt habe. Der großen Brutalität, mit welcher das syrische Regime auf die Proteste im Land reagiert habe, seien inzwischen mindestens 6 000 Menschen zum Opfer gefallen. Die internationale Staatengemeinschaft habe bislang versagt. Der Sicherheitsrat werde durch das Veto von Russland und China daran gehindert, eine dem Vorgehen des Regimes angemessene Erklärung abzugeben. Auch die EU und die Bundesregierung hätten nur zögerlich reagiert. Wegen der Verbundenheit mit dem Iran und seiner vielfältigen Verflochtenheit mit den Nachbarstaaten bestehe die Gefahr, dass der Konflikt eine regionale Dimension erhalte.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Regime von Dr. Bashar al-Assad deutlich zu machen, dass er abtreten und den Weg für einen demokratischen Wandel Syriens freimachen muss. Die Bundesregierung wird weiter aufgefordert, sich im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen für eine Verurteilung der schweren Menschenrechtsverletzungen des Assad-Regimes, gezielte Sanktionen und einen Beschluss dahingehend, dass sich die Verantwortlichen vor dem Internationalen Strafgerichtshof verantworten müssen, einzusetzen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die syrische Opposition u. a. durch finanzielle Hilfe zu stärken und innerhalb der EU syrischen Oppositionellen ein Forum zur Konsolidierung und Institutionalisierung zu ermöglichen sowie ein Programm der Aufnahme und Unterstützung von syrischen Menschenrechtsaktivisten und Oppositionellen aufzulegen und zu prüfen, welche Möglichkeiten es gibt, eine Beobachtung der Ereignisse in Syrien durch Satelliten zu unterstützen und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Die Bundesregierung wird des Weiteren aufgefordert, die medizinische Versorgung und Behandlung von verletzten syrischen Menschenrechtsaktivisten und Oppositionellen aus humanitären Gründen in Deutschland zu ermöglichen sowie syrische Menschenrechtsaktivisten und Oppositionelle bei der Gründung eines Satellitenfernsehkanales zu unterstützen und Abschiebungen nach Syrien sofort zu stoppen. Schließlich wird die Bundesregierung aufgefordert, die Entwicklungszusammen-

arbeit und humanitäre Hilfe gegenüber Syrien einer ständigen Prüfung zu unterziehen, die Türkei bei der Aufnahme der Flüchtlinge aus Syrien zu unterstützen und der Siemens AG deutlich zu machen, dass eine Fortsetzung der Vertragsverhandlungen für den Bau eines Gaskraftwerkes nicht gewünscht ist, solange das Assad-Regime an der Macht ist.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/8132 abzulehnen.

Berlin, den 8. Februar 2012

Der Auswärtige Ausschuss

Ruprecht Polenz
Vorsitzender

Jürgen Klimke
Berichterstatter

Günter Gloser
Berichterstatter

Wolfgang Gehrcke
Berichterstatter

Dr. Rainer Stinner
Berichterstatter

Kerstin Müller (Köln)
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Jürgen Klimke, Günter Gloser, Wolfgang Gehrcke, Dr. Rainer Stinner und Kerstin Müller (Köln)

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/8132** in seiner 153. Sitzung am 20. Januar 2012 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Innenausschuss, dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antrag stellende Fraktion weist darauf hin, dass der über acht Monate alte Aufstand in Syrien zu einer dramatischen Lage geführt habe. Der großen Brutalität, mit welcher das syrische Regime auf die Proteste im Land reagiert habe, seien inzwischen mindestens 6 000 Menschen zum Opfer gefallen. Die internationale Staatengemeinschaft habe bislang versagt. Der Sicherheitsrat werde durch das Veto von Russland und China daran gehindert, eine dem Vorgehen des Regimes angemessene Erklärung abzugeben. Auch die EU und die Bundesregierung hätten nur zögerlich reagiert. Wegen der Verbundenheit mit dem Iran und seiner vielfältigen Verflochtenheit mit den Nachbarstaaten bestehe die Gefahr, dass der Konflikt eine regionale Dimension erhalte.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Regime von Dr. Bashar al-Assad deutlich zu machen, dass er abtreten und den Weg für einen demokratischen Wandel Syriens freimachen muss. Die Bundesregierung wird weiter aufgefordert, sich im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen für eine Verurteilung der schweren Menschenrechtsverletzungen des Assad-Regimes, gezielte Sanktionen und einen Beschluss dahingehend, dass sich die Verantwortlichen vor dem Internationalen Strafgerichtshof verantworten müssen, einzusetzen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die syrische Opposition u. a. durch finanzielle Hilfe zu stärken und innerhalb der EU syrischen Oppositionellen ein Forum zur Konsolidierung und Institutionalisierung zu ermöglichen sowie ein Programm der Aufnahme und Unterstützung von syrischen Menschenrechtsaktivisten und Oppositionellen aufzulegen und zu prüfen, welche Möglichkeiten es gibt, eine Beobachtung der Ereignisse in Syrien durch Satelliten zu unterstützen und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Die Bundesregierung wird des Weiteren aufgefordert, die medizinische Versorgung und Behandlung von verletzten syrischen Menschenrechtsaktivisten und Oppositionellen aus humanitären Gründen in Deutschland zu ermöglichen sowie syrische Menschenrechtsaktivisten und Oppositionelle bei der Gründung eines

Satellitenfernsehschkanals zu unterstützen und Abschiebungen nach Syrien sofort zu stoppen. Schließlich wird die Bundesregierung aufgefordert, die Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe gegenüber Syrien einer ständigen Prüfung zu unterziehen, die Türkei bei der Aufnahme der Flüchtlinge aus Syrien zu unterstützen und der Siemens AG deutlich zu machen, dass eine Fortsetzung der Vertragsverhandlungen für den Bau eines Gaskraftwerkes nicht gewünscht ist, solange das Assad-Regime an der Macht ist.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Innenausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/8132 in seiner 64. Sitzung am 25. Januar 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag auf Drucksache 17/8132 in seiner 54. Sitzung am 8. Februar 2012 beraten und empfiehlt zu Nummer 9 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung sowie zum übrigen Antrag mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ebenfalls die Ablehnung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 17/8132 in seiner 52. Sitzung am 25. Januar 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 17/8132 in seiner 56. Sitzung am 25. Januar 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/8132 in seiner 54. Sitzung am 8. Februar 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Berlin, den 8. Februar 2012

Jürgen Klimke
Berichtersteller

Günter Gloser
Berichtersteller

Wolfgang Gehrcke
Berichtersteller

Dr. Rainer Stinner
Berichtersteller

Kerstin Müller (Köln)
Berichterstellerin